

# DORIS LEUTHARD

**Powerfrau:** CVP-Bundesrätin Doris Leuthard gehört zu jenem privilegierten Kreis der Bundesräte, die momentan nicht unter politischem und medialem Dauerbeschuss stehen. Trotzdem hat auch die Volkswirtschaftsministerin mit Problemen zu kämpfen: Soeben sind in Genf die WTO-Verhandlungen gescheitert, die Konjunktur flacht ab, und die Diskussion um die Parallelimporte bleibt ein ständiges Politikum. Im Gegensatz zu vielen anderen Experten beurteilt sie die wirtschaftliche Lage viel optimistischer.

Interview: **Matthias Ackeret** Bilder: **Keystone**

**Frau Bundesrätin Leuthard, wenn Sie den momentanen Zustand der Schweizer Wirtschaft mit Noten zwischen 1 und 6 benoten müssten, welche Note würden Sie verteilen?**

“Man muss sich ständig verbessern und weiterentwickeln. Dennoch: Die Schweiz steht heute gut da. In den diversen Ratings werden wir mit schöner Regelmässigkeit ganz vorne oder zumindest in den vorderen Rängen platziert. Im Detail gibt es natürlich Branchen-Unterschiede.”

**Nach langen Jahren des Nullwachstums erlebte unsere Wirtschaft einen unerwarteten Boom. Warum?**

“Es ist einerseits die gute Weltkonjunktur der letzten Jahre. Im Export greift auch langsam unsere BRIC-Strategie. Darüber hinaus beginnen die internen Reformen jetzt zu greifen. Wir konnten die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz stark verbessern. Schliesslich zeigen die bilateralen Verträge mit der EU, insbesondere die Personenfreizügigkeit, Wirkung. Und mit dem Wachstumspaket sowie mit der über alle Departemente hinweg greifenden Wachstumspolitik sorgen wir dafür, dass die Schweiz für Unternehmer ein attraktiver Standort bleibt.”

**Welches sind momentan die grössten Baustellen in der Schweizer Wirtschaft?**

“Es gibt noch in vielen Bereichen einen Reformbedarf. Weil andere Staaten sich ständig verbessern und gegenüberuns aufholen, dürfen auch wir in unseren Bestrebungen nie nachlassen. So will ich mit der Revision des Gesetzes über die technischen Handelshemmnisse unnötige Produktvorschriften abschaffen und das Cassis-de-Dijon-

Prinzip einführen. Die Mehrwertsteuer soll kundenfreundlicher und die Arbeitslosenversicherung auf eine finanziell starke Basis gestellt werden.”

**Überall ist von Rezessionsängsten die Rede. Wie robust ist unsere Wirtschaft?**

“Wer Rezessionsängste schürt, trägt zur Verunsicherung der Konsumenten bei. Tatsache ist: Die Schweizer Wirtschaft steht weiterhin auf einem stabilen Fundament. Dass wir uns den negativen Einflüssen der Krise an den internationalen Finanzmärkten und der damit verbundenen internationalen Konjunkturverlangsamung nicht entziehen können, ist für ein Land mit einer grossen exportorientierten Wirtschaft jedoch logisch.”

**Welche Massnahmen kann der Staat gegen eine allfällige Rezession treffen?**

“Viele unserer hervorragenden Unternehmen haben in den letzten Jahren strukturelle Verbesserungen und eine Beschleunigung der Innovationsprozesse vorgenommen. Dadurch sind sie effizienter und wettbewerbsfähiger geworden. Gleichzeitig konnte der Staat – nicht zuletzt dank den bilateralen Verträgen mit der EU – das interne Reformtempo erhöhen und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen den globalen Anforderungen anpassen. Ich denke dabei an das Kartellrecht, das Binnenmarktgesetz, dank denen der inländische Wettbewerb erhöht werden konnte, an die kontinuierlichen Reformen im Agrarbereich, die zu einer Verbesserung der Marktleistung und zu Kostensenkungen führten, und die Reformen im Steuerrecht.”

**Welche Auswirkungen hat die Bankenkrise auf die Schweizer Wirtschaft?**

“Die Schweizer Wirtschaft steht auf einer stabilen Basis, und unser Bankensystem funktioniert grundsätzlich gut. Die Verluste von UBS und CS und der Einfluss der Finanzkrise auf die Gesamtwirtschaft sind nach wie vor schwierig einzuschätzen. Zu bedenken ist, dass der gesamte Finanzsektor rund 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmacht und etwa rund 200 000 Menschen Arbeitsplätze bietet.”

**Soll der Staat eingreifen, wenn sich die Krise – namentlich bei der UBS – weiter verschärft?**

“Grundsätzlich ist es nicht die Aufgabe des Staates, in private Unternehmen einzugreifen, wenn Verluste entstehen. Wenn Gewinne privat sind, müssen es auch Verluste sein. Zudem sind die betroffenen Banken daran, aus den gemachten Fehlern die Konsequenzen zu ziehen. Es gibt allenfalls für die Aufsichtsbehörden Handlungsbedarf. Die EBK hat in diesem Sinne angepasste Eigenmittelanforderungen den Grossbanken zur Stellungnahme unterbreitet. Zusätzlich beobachten wir die Situation weiterhin aufmerksam.”

**Was kann die Schweizer Regierung zur Rettung des Bankkunden-geheimnisses unternehmen?**

“Der Schutz der Privatsphäre ist ein Wert, den wir aufrechterhalten wollen. Auch andere Staaten wollen keine gläsernen Bankkunden und schützen die Privatsphäre. Darauf bauen auch wir auf. Wir kommunizieren klar, dass wir keine strafbaren Handlungen unterstützen. Dazu gehört, dass wir bei Verdacht auf Steuerdelikte auf die Möglichkeiten bestehender Doppelbesteuerungsabkommen hinweisen und in diesem Rahmen aktiv kooperieren. Es ist wichtig, dass klar geregelt ist, wann Daten ausgetauscht werden und wann nicht. Mit der bestehenden Rechtshilfe funktioniert das gut.”

**Soeben sind die WTO-Verhandlungen in Genf gescheitert. Was bedeutet dies für die Exportnation Schweiz?**

“Erstens verzögern sich der für unsere Exportwirtschaft dringend benötigte verbesserte Marktzugang sowie weitere Regelungen des Welthandels. Das führt dazu, dass wir unsere bilateralen Freihandelsbeziehungen verstärken müssen. Zweitens werden die Entwicklungs- und die Schwellenländer zurückgebunden, was zu einer gesellschaftspolitischen Verschärfung zwischen Nord und Süd führt und damit zu weiterer Migration. Drittens verheisst der Trend ‘zurück zu nationalem Protektionismus’ nichts Gutes.”

**Welche Konsequenzen zieht die Regierung aus diesem Scheitern?**

“Mit unserer aussenwirtschaftspolitischen Strategie wollen wir ein enges Netzwerk zu bestehenden und zu

neuen Märkten knüpfen. Wir sind weiterhin an einem Abschluss der WTO-Runde interessiert, ist die Schweiz als exportorientiertes Land doch dringend auf ein verlässliches multilaterales Regelwerk angewiesen. Darüber hinaus müssen wir im Agrarbereich die Zeit nutzen, um die Landwirtschaft im Hinblick auf den fallenden Grenzschutz besser zu positionieren.”

**Sind bilaterale Freihandelsabkommen ein vollwertiger Ersatz?**

“Nein, aber eine Ergänzung. Wir können uns nicht allein auf das multilaterale Regelwerk verlassen, obwohl wir multilaterale Regelungen grundsätzlich vorziehen.”

**Sie – und auch der Bundesrat – fordern ein Freihandelsabkommen mit der EU. Damit machen Sie sich bei den Bauern nicht gerade beliebt.**

“Wir wollen eine produzierende Landwirtschaft und eine wettbewerbsfähige Nahrungsmittelindustrie. Beide brauchen Perspektiven und müssen neue Märkte erschliessen können, um zu überleben. Wenn wir den Status quo nicht nur halten, sondern die Absatzchancen unserer Bauern und der Nahrungsmittelindustrie erhöhen wollen, müssen wir Märkte im Ausland erschliessen. Dann können die Verarbeiter ihre Kapazitäten besser auslasten, sie werden damit wettbewerbsfähiger und bleiben wichtige Abnehmer einheimischer landwirtschaftlicher Rohstoffe.”

**Wie empfinden Sie die Kritik der Bauern? Macht sie Ihnen persönlich zu schaffen?**

“Ich verstehe die Bauern. Tausende Bauernfamilien haben in den letzten 15 Jahren viel geleistet. Sie haben ihre Produktivität um 25 Prozent gesteigert und einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Nutzung unserer natürlichen Ressourcen erbracht. Die Landwirtschaft ist heute effizienter, näher am Markt und ökologischer. Die Früchte ihrer Arbeit lassen sich sehen. Schweizer Produkte werden umwelt- und tiergerecht hergestellt, sie sind sicher, rückverfolgbar und von hoher Qualität. Ich weiss, ich verlange viel von den Bauern. Wenn wir uns aber auf den Märkten – auf den heimischen und auf den internationalen – behaupten wollen, wenn wir Marktchancen nutzen wollen, dann müssen wir aus dem kleinen Schweizer Markt ausbrechen.”

**Der Bundesrat predigt gerne freie Marktwirtschaft, gleichzeitig stellt er sich gegen Parallelimporte und schränkt die verfassungsmässig garantierte Wirtschaftsfreiheit ein. Kapitulierte der Bundesrat vor der Macht der Pharma-Industrie?**

“Der Bundesrat hat entschieden, im Patentrecht keine Abkehr vom Prinzip der nationalen Erschöpfung anzustreben. Bei Erfindungen und Innovationen ist es im Interesse des Erfinders, dass seine Investitionen in Forschung und Entwicklung geschützt werden. Das hat

der Bundesrat höher gewichtet als günstigere Preise für Konsumenten.“

**Kann man von den Bauern mehr Markt verlangen und gleichzeitig hoch profitable Branchen gesetzlich gegen Importwettbewerb schützen?**

“Grundsätzlich wollen wir niemanden vor Wettbewerb schützen. Wettbewerb spornt zu besseren Leistungen an und hat einen günstigen Einfluss auf die Innovation. Ich glaube, wir müssen hier schon die Grössenordnungen sehen. Diejenigen Branchen, für die Parallelimporte ein Thema sind, sind international tätig und dadurch sehr viel mehr dem Wettbewerb ausgesetzt als die Schweizer Landwirtschaft. Bauern profitieren zudem, indem sie Maschinen, Pflanzenschutzmittel etc. parallel importieren können.“

**Die Pharma-Lobby agiert in der Schweiz mit amerikanischer Aggressivität. Wie weit darf Lobbying gehen?**

“Das Recht der interessierten Kreise, im politischen Prozess angehört zu werden, ist verfassungsmässig garantiert. Diese konsensuale Ausrichtung des schweizerischen Systems gehört doch gerade zu unseren Stärken! Es melden sich immer alle Seiten zu einer Sache, und der politische Entscheid wird nie nur von einer Seite beeinflusst. So entstehen letztlich umsichtige Lösungen.“

**Generell stellt man eine gewisse Liberalisierungsmüdigkeit fest. Von der Wirtschaftsministerin hört man bezüglich Privatisierung wenig. Wäre es nicht an der Zeit, die Swisscom nun voll zu privatisieren? Der Telekommarkt ist heute ein gewöhnlicher Markt wie jeder andere auch.**

“Wer ist denn hier müde? Wir gehen doch weiterhin mit Volldampf voran. Kürzlich hat der Bundesrat die Teilrevision des Gesetzes über die technischen Handelshemmnisse ins Parlament geschickt. Mit dem darin verwirklichten Cassis-de-Dijon-Prinzip liberalisieren wir wesentlich den Import von Waren und damit auch von Produktionsfaktoren für unsere Wirtschaft. Und vorhin haben wir vom Freihandelsabkommen im Agrar- und Nahrungsmittelbereich mit der EU gesprochen, mit dem ich einen wesentlichen Markt liberalisieren will. Den Telekommarkt haben wir trotz anfänglicher Skepsis erfolgreich liberalisiert. Angebot und Preise – auch wenn Letztere in der Schweiz zum Teil leider noch deutlich über jenen unserer Nachbarn liegen – haben sich überaus klar verbessert. Ich glaube nicht, dass eine Privatisierung hier das wesentliche Element ist, auch wenn sie aus grundsätzlichen Gründen durchaus ein Thema sein könnte.“

**Als Volkswirtschaftsministerin reisen Sie sehr viel in der Welt herum. Welches Image hat die Schweiz momentan im Ausland?**

“Die Schweiz ist im Ausland gefragt. Unser ausgezeichne-

ter Ruf als verlässliche Handelspartnerin, als stabile Wirtschaft mit hochwertigen Produkten, Präzision und High-Tech öffnet nach wie vor viele Türen. Wir sind angesehen. Das ist eine grosse Chance, die wir im Kontakt mit anderen Regierungen nutzen müssen und auch nutzen, ist die Schweiz doch eine wichtige Investorin in vielen Regionen der Welt und eine mittlere Wirtschaftsmacht. Das bedeutet aber auch, dass wir uns anstrengen müssen, diese Swissness weiterzuentwickeln.“